96. Jahrgang. Nr. 369 Sonntag, 7. August 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Hauptschriftleitung Nachrichten Dresden Fernsprecher-Sammelnummer: 25 941 Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011 Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugspreise: bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.20 RM. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.20 RM. einschließlich 54 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7 mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 15 Pfg., außerhalb Sachsens 20 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. ohne Aufschlag lt. Tarif, Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 20 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Sturm & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Das Ringen um die Führung im Reich

Hindenburg und das Reichskabinett in Berlin

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 6. August. Obwohl inzwischen seit der Reichstagswahl vom vergangenen Sonntag eine Woche vergangen ist, läßt sich noch nicht mit genügender Deutlichkeit erkennen, welche Auswirkungen das Wahlergebnis auf die Reichspolitik haben wird. Mit Absicht legt die Reichsregierung zwischen den Wahltag und den Beginn der offiziellen hochpolitischen Besprechungen über das Wahlergebnis eine Beruhigungspause ein, die allerdings, wie die Vorgänge im Reich gezeigt haben, trotz scharfer Androhungen und eines notverordneten Burgfriedens noch nicht voll zur Auswirkung gekommen ist.

Reichspräsident v. Hindenburg trifft Dienstag oder Mittwoch in Berlin ein. Alsdann wird auch das gesamte Reichskabinett versammelt sein.

Man rechnet damit, daß für diesen Zeitpunkt die offiziellen Besprechungen über eine eventuelle Neuordnung in der Reichsregierung einsetzen werden. Aeußerer Anlaß zu diesem Zusammentreffen zwischen Reichsregierung und Reichspräsident ist der Verfassungstag, der am 11. August durch eine Feier im Reichstag und gemeinsam von Preußen und der Stadt Berlin in der Krolloper begangen werden wird.

Die Hauptrede im Reichstag hält Reichsinnenminister v. Gayl,

in der Krolloper der frühere Ministerialdirektor bei der sächsischen Gesandtschaft in Berlin und jetzige Universitätsprofessor für Staatsrecht in Kiel, Dr. Pötzsch-Heffter. Beide Reden werden, soweit man sieht, die Reichsverfassung weder als etwas Vergangenes noch als etwas in sich Abgeschlossenes, Starres und Festes behandeln. Der Reichsinnenminister wird sicherlich in seinen Ausführungen von dem Grundgedanken ausgehen, daß eine Reichsverfassung nichts absolut Einmaliges und Unabänderliches darstellt, sondern, wie alle politischen Dinge, ein organisches Lebewesen bildet, das sich im ständigen Zustand des Vergehens und Wachsens befindet. So erwartet man in politischen Kreisen von dieser Verfassungsrede, im Gegensatz zu dem, was im letzten Jahre üblich war, die

Darstellung eines Planes zum Neuaufbau einer organischen Fortentwicklung der Weimarer Verfassung,

insgesamt einen wirklich politischen Akt, der die Türen für die Zukunft aufreißt und gewissermaßen reichsoffiziell diejenigen Probleme zur Debatte stellt, die gebieterisch einer Lösung zudrängen. In erster Linie ist das die Neuordnung des Verhältnisses zwischen Reich und Preußen durch Wiederherstellung der Bismarckschen Verfassungsgrundsätze, eine Personalunion zwischen Reich und Preußen; eine Abänderung des Wahlrechts, durch die das verhängnisvolle Listenwahlrecht aufgehoben und die Persönlichkeitswahl im Sinne der früheren deutschen Reichsverfassung neu belebt wird; die Neuordnung der parlamentarischen Regierungsform des Reichs durch Einführung einer ersten Kammer, durch die die Hemmungslosigkeit des glücklich nun überwundenen parlamentarischen Systems eingeschränkt und die Basis für ein vernünftiges Funktionieren der Volksvertretung geschaffen werden soll; die Unabhängigmachung der Regierung, also der Exekutive, von der Legislative des Parlaments in einem bestimmten, den deutschen Verhältnissen entsprechenden Rahmen, und als spätere Aufgabe die Neuordnung sowohl der staatsrechtlichen als auch der finanziellen Beziehungen der Länder zum Reich. Diese Fragen dürften offiziell angeschnitten werden und dürften dann nicht mehr aus der Diskussion verschwinden, ehe sie nicht einer gründlichen Regelung zugeführt worden sind.

Vom neuen Reichstag wird es abhängen, ob er sich dazu entschließen kann, die notwendigen Mehrheiten für die unumgänglichen Verfassungsänderungen auf staatsrechtlichem Gebiete zur Verfügung zu stellen.

Man hofft in Kreisen der Reichsregierung, daß der Reichstag sich dieser Aufgabe, wohl der wichtigsten seit dem November 1918, nicht entziehen wird. Sollte er es trotzdem tun, dann fällt auf den Reichspräsidenten die Verantwortung dafür zurück, daß andere Wege gesucht werden müssen, um das Chaos der staatsrechtlichen und verfassungsmäßigen Verhältnisse zu wenden, das seit Jahren in Deutschland latent vorhanden und nun zum offenen Durchbruch gekommen ist.

Möglichkeiten der Regierungsbildung

Neben der Regelung dieser ungemein wichtigen Verfassungsfragen wird in den kommenden Wochen die Frage im Vordergrund stehen, welche unmittelbaren Auswirkungen die Reichstagswahl auf

die Zusammensetzung der Reichsregierung

hat. Bisher hat man sich in allen beteiligten Kreisen in dieser Beziehung die größte Zurückhaltung auferlegt. Festzustehen scheint nur eins, daß bei der Behandlung der Regierungsfrage die Methoden des abgewirtschafteten parlamentarischen Systems und der Koalitionsarithmetik keine Rolle mehr spielen werden.

Die Zeit der Koalitionen ist vorüber.

Der Zug zur Präsidialgewalt legt die letzten Entscheidungen unbedingter denn je in die Hand des Reichspräsidenten, der ohne Rücksicht auf die parteipolitischen Wünsche diejenigen Männer in die Regierung berufen hat und auch in Zukunft berufen wird, die ihm für die Aufgaben der großen Politik am geeignetsten erscheinen.

Daß dabei die Nationalsozialisten als die gewaltigste Partei und Bewegung, die die deutsche Geschichte jemals gesehen hat, ganz naturnotwendig ihre Berücksichtigung finden werden, kann als sicher gelten.

Dazu trägt auch der selbstverständliche Gedanke bei, daß die Nationalsozialisten jetzt diejenige Größe und Macht in sich vereinigt haben, die ihre Beteiligung an der Regierungsverantwortung zur gebieterischen Forderung macht. Zweifellos sind die Nationalsozialisten auch bereit, die Regierungsverantwortung zu übernehmen. Die Frage ist nur, für welchen Posten der Reichspräsident sie ausersieht. Hinter den Kulissen spielt sich bereits der

Kampf um den Kanzlerposten

ab, den die Mitglieder der jetzigen Reichsregierung in ihrer Mehrheit nicht freigeben wollen, der aber von den Nationalsozialisten verlangt wird, die der Ueberzeugung sind, daß man ihnen sowohl die Reichskanzlei als den Reichsinnenministerposten übertragen muß, wenn sie die Regierungsverantwortung übernehmen sollen, wobei Hitler als Reichskanzler, Strasser als Reichsinnenminister in Aussicht genommen sein soll. Sollte der Reichspräsident nicht in der Lage sein, den Reichskanzlerposten dem Führer der Nationalsozialisten zu übertragen, so würde damit wohl eine ziemlich komplizierte Situation eintreten, da sich die Nationalsozialisten auf Halbheiten nicht einzulassen wünschen, und dazu angesichts des Umfanges und der Bedeutung ihrer Wählerschaft auch gar nicht in der Lage sind.

Viel wird freilich davon abhängen, ob es der nationalsozialistischen Führung gelingt, diejenigen SA.-Gruppen, die nach Feststellung des Reichskommissars für Preußen in der vergangenen Woche, wenn auch nicht in größerem Umfange, der Führung entglitten sind, wieder fest in die Hand zu bekommen. Sicherlich hängt der nur als vorübergehend gedachte

Aufenthalt Adolf Hitlers in Berlin

auch mit diesem Problem zusammen. Die nationalsozialistische Presse wendet jetzt alle Kraft auf, um auf die unruhig gewordene Anhängerschaft beruhigend einzuwirken. So schreibt der nationalsozialistische „Angriff", daß die Nationalsozialisten keinerlei Anlaß hätten, die Nerven zu verlieren und sich zu Unbesonnenheiten hinreißen zu lassen, durch die die Pläne des Führers nur durchkreuzt werden könnten. Mit Freude und Genugtuung stellt das Blatt ferner fest, daß gerade die Berliner SA. trotz aller Nervenbelastung eine vorbildliche Disziplin bewiesen habe und so ein scharfes und wirksames Instrument des Führers geblieben sei. Das Blatt fordert dann, daß Adolf Hitler zur Leitung der deutschen Politik berufen werden müsse, eine Forderung, die am besten dadurch unterstützt werde, wenn nicht der Eindruck entstehe, als ob Adolf Hitler seine Anhänger nicht mehr in der Hand habe, sondern wenn die ganze Welt davon überzeugt wäre, daß gerade die SA. mit zum festesten Träger einer starken Staatsgewalt berufen sei. Hiermit ist deutlich zum Ausdruck gebracht,

worum jetzt intern in der SA. gerungen wird.

Man will unter gar keinen Umständen die großen Pläne der Leitung stören, die auf Uebernahme der politischen Macht hinauslaufen und unter Umständen in wenigen Wochen zur Wirklichkeit werden können. Aus diesen Gründen haben wohl auch die nationalsozialistischen Länderminister, die gestern beim Reichsinnenminister zu einer Konferenz über die Frage der Hilfspolizei versammelt waren, eine sehr verständige Stellung eingenommen. Auch sie sind bemüht, dem Reichskabinett keine Schwierigkeiten zu bereiten, die beim Reichspräsidenten unter Umständen unerwünschte Rückwirkungen haben könnten.

Vor der Entscheidung

Eine Woche nach der Reichstagswahl ist die politische Entwicklung Deutschlands noch in der Schwebe, aber durchaus nicht so unlösbar und verfahren, wie es im ersten Augenblick scheinen mochte. Der weitere Gang der Dinge zeichnet sich bereits deutlich ab, und es scheint, daß der politischen Auswertung des Wahlergebnisses von keiner Seite mehr unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstehen, wenn bis zum Zusammentritt des Reichstages nicht neue Hemmungen eintreten. Eine erste Komplikation, die in ihren Folgen noch nicht ganz abzusehen ist, bildet freilich die Störung des Burgfriedens durch die neue Welle des Terrors, die unmittelbar nach dem Wahltag in allen Reichsteilen ausgebrochen ist, und zwar diesmal unter Beteiligung von rechtsradikaler Seite. Die nachdrückliche Warnung des Reichskommissars hat nichts genützt, so daß Notverordnungsmaßnahmen vorbereitet werden mußten, die durch ihre Schärfe einem zivilen Ausnahmezustand nahekommen. Die nach dieser Richtung gefaßten Beschlüsse zeigen, daß die Reichsregierung fest entschlossen ist, mit der gebotenen Strenge gegen eine Wiederholung solcher Ausschreitungen vorzugehen, von welcher Seite sie auch kommen mögen. Mit dem vorläufigen Verzicht auf die Inkraftsetzung dieser verschärften Bestimmungen hat die Reichsregierung der nationalen Bewegung keinen Gefallen getan, wie die Linkspresse mit ihren Vorwürfen glauben machen möchte. Im Gegenteil, es besteht die Gefahr, daß die Reichsregierung das reiche Maß von Vertrauen schnell wieder einbüßt, das sie sich durch ihre entschlossene Haltung in den letzten Wochen erworben hat, wenn sie den psychologischen Augenblick für die Einführung der Antiterrorverordnung verpaßt. Die nationalsozialistische Führung hat selbst am entschiedensten nach dem Standrecht gerufen, weil sie einerseits nicht gewillt ist, eigene Parteiangehörige zu decken, die sich nicht der Parteidisziplin beugen und vom Kurs der Legalität abweichen, und weil sie anderseits überzeugt ist, daß solche Gegenaktionen wie die Königsberger Vorfälle die unausbleibliche Folge der vorhergegangenen kommunistischen Mordtaten sind. Die vom preußischen Reichskommissar veröffentlichte Terrorstatistik, deren Unterlagen noch zum größten Teil von der Braun-Severing-Regierung erstellt sind, beweist ja den Löwenanteil der Kommunisten an den politischen Ausschreitungen. Wenn also die geplante Notverordnung unter dem Zwang der Ereignisse doch noch verkündet und ganz gleichmäßig nach allen Seiten angewendet würde — wofür in Preußen jetzt endlich Gewähr geboten ist —, dann würde sie in erster Linie die linksradikalen Terrorgruppen treffen und damit die Quelle des Uebels verstopfen. Von nationalsozialistischer Seite wird ferner behauptet, daß bei den bedauerlichen Vorfällen der vergangenen Woche von der anderen Seite in die Partei eingeschmuggelte Spitzel und rebellische Elemente nach Art der Stennesleute am Werk gewesen seien mit der Absicht, die Parteiführung in der entscheidenden Uebergangsperiode vor der Machtergreifung in ihrer Bewegungsfreiheit der Papenregierung und dem Zentrum gegenüber zu behindern. Die Möglichkeit ist nicht von der Hand zu weisen. Diese Unklarheit der Hintergründe hindert aber, wie man sieht, die Linkspresse nicht, die Vorfälle als wirksamste Propagandawaffe gegen den Nationalsozialismus auszuschlachten, um die Empörung der Oeffentlichkeit von den Untaten ihrer kommunistischen Schützlinge abzulenken.

Bei richtiger Würdigung aller dieser Umstände drängt sich die Einsicht auf, daß die Unruhe, die die Burgfriedenszeit vergiftet, nicht mit polizeilichen Mitteln allein eingedämmt werden kann, sondern nur durch die politische Neufundierung der Staatsautorität, das heißt, dem Wahlausfall entsprechend, durch baldige Einbeziehung des Nationalsozialismus in die Staatsführung. Die Absicht der Reichsregierung, durch Abwarten Distanz von der politischen Erregung der Wahlzeit zu gewinnen und den notwendigen Umbau in einer Atmosphäre ruhiger Sachlichkeit vorzubereiten, ist sicher gut gemeint, aber sie läuft Gefahr, gerade von den aktivsten Elementen der nationalen Bewegung mißverstanden zu werden. Besonders bei den SA.-Leuten, die seit Jahren den Idealen ihrer Bewegung unter Einsatz des Lebens gedient haben, ist es begreiflich, daß sie durch die Erfahrungen der Brüningzeit mißtrauisch geworden sind, und fürchten, daß das Hinausschieben der Entscheidungen darauf hinziele, sie doch noch um die Frucht ihrer Mühen zu bringen. Darum ist es nicht gut, die Dinge allzu lange in der Schwebe zu lassen, damit die Wege zu dem als notwendig erkannten Ziel nicht vielleicht mehr verschüttet als geebnet werden.

Grundsätzlich ist ja in der abgelaufenen Woche über die kommende Entwicklung bereits entschieden worden; offen bleibt nur noch die Frage nach dem Wie und Wann. Das erste Ergebnis der Erörterungen ist die Tatsache, daß ein Rückfall in die überwundenen Methoden früherer Zeiten, also ein Versuch der parlamentarischen Mehrheitsbildung durch Parteikompromisse, nicht mehr in Frage

SLUB
Wir führen Wissen.